

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

3 (5.1.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.90 M., durch unsere Träger zugestellt 2.10 M., am Postschalter 2.15 M. durch den Postboten zugestellt 2.30 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag. Ausgabe: Wertig mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 50 3, Kleinanzeigen 150 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 bis 11 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Der Tag der Friedensratifizierung.

Basel, 4. Jan. (Privattelegramm.) Die „Presinformation“ meldet aus Paris: Am 5. oder 6. Januar wird in Paris eine große, von Clemenceau präsierte Sitzung der Ministerpräsidenten der alliierten Staaten abgehalten; ihr wohnen u. a. Woodrow Wilson, Lloyd George, Nitti und Seinojo an. In dieser Sitzung wird der Tag der Friedensratifizierung endgültig festgesetzt. Ferner werden Beschlüsse darüber gefasst, welche Einzelbestimmungen des Vertrags Deutschland zunächst zu erfüllen hat, ebenso wird die Frage behandelt, in welcher Weise die Alliierten die Ueberwachung Deutschlands vornehmen sollen.

Der Oberste Rat.

Basel, 4. Jan. (Privattelegramm.) Die „Presinformation“ meldet aus Paris: Der Oberste Rat hat dem Antrag Englands und Frankreichs zugestimmt, wonach die alliierten Mächte sich für befugt erklären, die Wiederkehr der Hohenzollern in Deutschland und der Habsburger in Oesterreich oder Ungarn auf das energischste zu untersagen.

Paris, 5. Jan. Loucheur, Dutasta und Frhr. v. Lersner hielten am Samstag eine Konferenz ab, in der neuerdings die Grundlage zu den Schätzungen des deutschen Eisenmaterials, das als Kompensation für Scapa Flow verlangt wird, besprochen wurde. Die Verhandlungen führten neuerdings einen Schritt weiter. Der Oberste Rat wird unter dem Vorsitz Clemenceaus morgen darüber beraten.

Der Sonderfriedensführer Oesterreichs 1916/17?

Berlin, 4. Jan. (Privattelegramm.) Wie der „Abend“ aus London meldet, beginnt der „Daily Telegraph“ heute mit der Veröffentlichung einer Reihe von österreichischen Dokumenten von 1916 bis November 1917 im Zusammenhang mit dem Versuch Oesterreichs, einen Sonderfrieden zu schließen, darunter zwei Briefe Kaiser Karls und mehrere Briefe des Prinzen Sixtus von Parma.

Das traurige Schicksal der Gefangenen in Sibirien.

Berlin, 3. Jan. (Privatmeldung.) Nach einer Kopien-gener Drahtung der „B. Z.“ besagen Nachrichten aus Peking, daß das Schicksal der noch in Sibirien befindlichen Gefangenen überaus traurig ist. Es sollen sich noch gegen 200 000 sibirisch-ungarische und deutsche Kriegsgefangene in Sibirien befinden. Im letzten Jahr sind nicht weniger als 34 000 Gefangene an Typhus gestorben. Eine Seinsendung der Gefangenen ist indessen äußerst schwierig. Dagegen bescheiden Nachrichten, die vom Roten Kreuz kommen, eine unzureichende Hilfeleistung für die Gefangenen als unbedingt notwendig. Wenn man den unglücklichen Gefangenen zu Hilfe kommen will, ist eine Aktion sehr eilig nötig und hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn man sofort eine Summe von mehreren Millionen zur Verfügung stellt.

Die Scapa Flow-Gefangenen.

Berlin, 3. Jan. Nach Mitteilung der schweizerischen Regierung haben die Feststellungen an Ort und Stelle ergeben, daß die in der Presse der Alliierten verbreiteten Nachrichten über eine angebliche Meuterei und Verhängung von Hungerstrafen gegen die Scapa-Flow-Deutsche unzutreffend sind. Der Sachverhalt war vielmehr folgender: Die Mannschaft richtete Ende November das dringende Ersuchen an den Lagerkommandanten, ihr Ausfuhr zu geben, wann der Abtransport beginnen werde. Sie erhielt keine Auskunft. Darauf erfolgte eine teilweise Arbeitsniederlegung. Als die Befehle alsdann darüber aufgestellt wurden, daß ihre Zurückhaltung nicht die Schuld des Lagerkommandanten sei, daß dieser vielmehr wegen des Zeitpunktes ihrer Freilassung mehrfach in London angefragt habe, wurde die Arbeit nach 30 Stunden wieder aufgenommen. Während der Arbeitsverweigerung sind die gewöhnlichen Verpflegungsrationen ausgesetzt worden. Nur die Arbeitsstationen sind in Fortfall gekommen. Auf die sonstigen der britischen Regierung übermittelten Beschwerden wegen der Behandlung der Besatzung steht die Antwort noch aus.

Streikbewegung in Belgien.

Einer Haager Depesche des „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge haben die Bauarbeiter in ganz Belgien den Generalstreik angekündigt, wenn ihnen nicht eine Lohnerhöhung und Befreiung von der Einkommensteuer gewährt wird. Auch die Beamten der Staatsbehörden und das Eisenbahnpersonal stellen neue Lohnforderungen und drohen mit dem Streik.

Der „Imperator“ unter englischer Flagge.

Der frühere Gopadampfer „Imperator“ hat, wie die „B. Z.“ erfahren, kürzlich seine erste Fahrt unter englischer Flagge von New York nach Southampton zurückgelegt. Beinahe 3000 Passagiere befanden sich an Bord. Die Fahrt dauerte 11 Tage fast sechs. Der Kapitän, der frühere Kapitän des verbrannten Cunard-Dampfers „Aquitania“, erklärte die langsame Fahrt weniger durch das schlechte Wetter, als durch die schlechte Qualität der Kohle.

Die amerikanischen Behörden hatten, obwohl das Schiff unter englischer Flagge fuhr, die Mitnahme irgend welcher alkoholischer Getränke verboten, so daß der „Imperator“ seine erste Fahrt unter Ententeflagge als „dry ship“ (trockenes Schiff) zurücklegen mußte.

Die türkischen Wahlen.

Erst jetzt erfährt man über Paris einige Einzelheiten über das Ergebnis der am 18. Dezember in der Türkei stattgefundenen allgemeinen Parlamentswahlen. Die

Wahlbeteiligung war so schwach, daß man in Konstantinopel fast 82 Proz. Wahlenthaltungen feststellte. Die Tendenz der Wahlen ist, wie die französische Presse mit unerbittlichem Bedauern feststellt, ausgesprochen zu Gunsten der unionistischen und nationalistischen Kandidaten. So ist Mustafa Kemal Pascha, der Vorsitzende der Nationalen Organisation, in Erzerum gewählt worden. Während unmittelbar nach dem Zusammenbruch und dem Waffenstillstand die öffentliche Meinung fast allgemein zu Gunsten der „Alt-Türken“ war, ist in den letzten Monaten der Einfluß dieser ententefreundlichen Partei immer mehr zurückgegangen, während die „Jung-Türken“ und die Nationalisten ihre Haupt wieder erheben. „Figaro“ fordert daher die Ententeleistungen auf, endlich Frieden mit der Türkei zu machen, sonst werde sich dieser antiallierte Stimmungsumschwung noch fählicher machen.

Eisenbahnerbewegung.

Wie berichtet wird, ist in der Frankfurter Eisenbahnerbewegung eine Verschärfung eingetreten. Auf die Meldung der Frankfurter Eisenbahndirektion an das Reichseisenbahnministerium über stetig wachsende Betriebsstörungen lief die Anweisung ein, daß die Direktion die Arbeiter auffordere, ihre angeforderte Sachlage völlig ungeduldsfertig polizeilich spätestens heute, den 5. Januar, aufzugeben. Für den Fall der Ergebnislosigkeit dieser Aufforderung schreibt der Minister die Schließung der Hauptwerkstätten wegen Unwirtschaftlichkeit und die Entlassung sämtlicher Arbeiter vor. Die Frankfurter Ortsleitung wendet sich gegen den Ausdruck „passive Resistenz“ und erklärt, die Durchführung der angeordneten Maßnahmen würde weit über den Frankfurter Bezirk hinaus zu den schwersten Verwicklungen führen, da die Arbeiter fest entschlossen seien, auf der resloßen Bewilligung der Lohnsätze zu bestehen.

In Jena wurde in einer Eisenbahnerversammlung beschlossen, bis Wiederherstellung der Lohnforderungen sofort in den Streik zu treten. Es besteht, so wird berichtet, die Gefahr, daß von heute ab in dem Thüringischen Eisenbahnbezirk der Eisenbahnerstreik vollständig eingestellt wird.

Berlin, 5. Jan. Nach den Wählern haben die Eisenbahnarbeiter in Rippes bei Adn die Arbeit niedergelegt. In Elberfeld wurden Streikemonitorien veranstaltet.

Das neue Reichswahlgesetz.

Berlin, 4. Dez. Die Vorwürfe zum Reichswahlgesetz werden in der allernächsten Zeit der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Auf je 60 000 Stimmen soll ein Abgeordneter kommen, jedem Wahlvorschlag sollen mithin so viel Abgeordnete zugeordnet werden, als die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen sich durch 60 000 teilen läßt. Die nichtverbräuchelten Stimmen eines Wahlvorschlags, der weniger als 60 000 Stimmen erlangt, werden nach dem einen Vorschlag für das ganze Reich, nach anderen Vorschlägen erst für eine bestimmte Anzahl von Wahlkreisen und dann für das Reich zusammen gerechnet und auf je 60 000 dieser Reststimmen soll auch hier wieder je ein Abgeordneter entfallen.

Der neue Gesetzentwurf über die Erweiterung der Annahmef.

Den „B. Z.“ wird mitgeteilt: In dem neuen Gesetzentwurf über die Erweiterung der Annahmef ist zum Ausdruck gekommen, daß alle vor dem 12. Dezember 1918 wegen Fahnenflucht, wegen unerlaubter Entfernung oder wegen Ungehorsams gegen einen Befehl erlassenen Strafen als annulliert, ebenso alle deswegen noch anhängigen Untersuchungen als niedergefallen zu gelten haben. Und zwar haben diese Bestimmungen Geltung, ohne daß wie früher die Begnadigung von einer Meldung des Fahnenflüchtigen innerhalb einer bestimmten Frist abhängig gemacht wird. Desgleichen beziehen sich die Bestimmungen des Gesetzentwurfes ganz naturgemäß auch auf die im Ausland befindlichen bzw. in Gefangenschaft festgehaltenen sibirisch-ungarischen Deutschen.

Amerikanische Liebesgaben für Deutschland.

Der amerikanische Organisator der Lebensmittelversorgung Europas hat einen großzügigen Plan entworfen, um die hungernden Länder Mitteleuropas mit amerikanischen Liebesgaben zu versorgen. Amerika wird zu diesem Zweck in Hamburg und Danzig große Lagerhäuser erwerben, in denen die amerikanischen Lebensmittel untergebracht werden sollen. Die Amerikaner, die in Deutschland Verwandten, Bekannten und Bedürftigen Liebesgaben wollen zukommen lassen, zahlen in Amerika eine hierfür bestimmte Summe ein, und die Liebesgabe wird dann durch die amerikanischen Kommissionen in Hamburg und Danzig an den deutschen Adressat übermittelte. Die Durchführung dieses Planes ist nur davon abhängig, ob die deutsche Regierung, was in diesem Augenblicke noch nicht feststeht, d. h. das Reichswirtschaftsministerium, die von den Amerikanern aufgestellten Bedingungen annimmt. Diese Bedingungen lauten:

1. Die zu Schiff herangebrachten ausschließlich aus amerikanischem Gelde aufgekauften Waren bleiben Eigentum der amerikanischen Verwaltung.
 2. Diese Waren sind, da es sich ausschließlich um Liebesgaben-Sendungen handelt, von jedem Einfuhrzoll befreit.
 3. Sie unterliegen nicht der Beschlagnahme durch die deutschen Behörden.
 4. Die Liebesgaben-Sendung an den Adressaten in Deutschland darf nicht auf dessen Nahrungsmittelration angerechnet werden.
 5. Die Liebesgabenpakete genießen in Deutschland auf der Eisenbahn und auf der Post die Bevorzugung der Lebensmittel-Sendungen und Liebesgaben-Sendungen, die von der deutschen Regierung bisher getroffen worden sind.
- Diese Einzelheiten der ganzen Aktion sind noch nicht völlig geregelt. Die amerikanische Presse beabsichtigt eine große Propaganda für die Aktion Gottes zu unternehmen, so daß dem hungernden Deutschland in der Tat beträchtliche Erleichterungen der immer schwieriger werdenden Ernährungsfrage bevorstehen.

Landwirtschaft und Volksernährung.

Von H. Wittich, Mitgl. d. Preuß. Landesversammlung.
Stadt und Land müssen auch für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zusammenstehen. Durch die moderne Produktion sind Stadt und Land so stark aufeinander angewiesen, daß ein Gegeneinanderarbeiten für beide Teile verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen müßte. Die Arbeitererschaft ist schon oft auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht worden, die sie an der Mitarbeit dieses großen Kulturwerks zu leisten hat. Es ist aber dringend nötig, auch der Landwirtschaft den Ernst der Situation vor Augen zu führen, denn sie hat eigentlich an dem legalen Aufbau des Wirtschaftslebens ein noch größeres Interesse als ein Teil der städtischen Bevölkerung. Die kurzfristige Auffassung, als könnten die Landwirte jetzt hemmungslos eine günstige Konjunktur ausnützen, müßte sich an ihnen selbst bitter rächen. Vor dem Krieg wurde die Agrarwirtschaft durch hohe Schutzzölle, deren Last die städtische Bevölkerung zu tragen hatte, begünstigt und gefördert. Die deutsche Landwirtschaft mit ihrer rund tausendjährigen Bodenkultur steht in einem ungünstigen Konkurrenzverhältnis zu den überseeischen Ländern. Auch eine sozialdemokratisch beeinflusste Regierung könnte daher unter gewissen Voraussetzungen zum Zollschutz oder zu einer anderen Art des Agrarschutzes kommen. Das wäre aber nur dann möglich, wenn die maßgebenden Stellen zu der Kraft und dem guten Willen der deutschen Landwirtschaft das nötige Vertrauen haben können, daß sie eine ausreichende Versorgung des Volkes gewährleisten. Die deutsche Landwirtschaft muß daher gerade jetzt die Probe darauf ablegen, ob sie ihre Pflicht gegen die Allgemeinheit erfüllt. Durch eine noch bessere innere Kolonisation wäre es wahrlich schon längst möglich gewesen, nicht nur den deutschen Bedarf zu decken, sondern noch einiges zum Export freizustellen. Das muß das Ziel für die Zukunft sein. Versteht aber jetzt die Landwirtschaft, so müßte die Regierung notwendigerweise den ausländischen Markt in weitem Umfang zur Versorgung heranziehen, und das würde dann ein vernichtender Schlag für die Landwirtschaft, besonders die gegenwärtigen Besitzer sein. Diese Erwägung sollten die Landwirte und die Agitatoren, die mit den Schlagworten der Abschaffung der Zwangswirtschaft und der Preiserhöhung haustieren gehen, bedenken: von diesem verhängnisvollen Wege abzugehen.

Das Bestreben nach Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Wunsch nach starker Ueberdeckung des platten Landes müssen vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gegeneinander abgewogen werden. Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und städtische Arbeitslose können zweifellos durch vermehrte Landbesiedlung Unterkunft und Beschäftigung finden, und der Pflicht, vor allem für die Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten zu sorgen, will sie niemand entziehen. Fraglich bleibt es freilich, ob wir durch Zubewegung von Siedlungsland jedem Bewerber einen Dienst erteilen. Jede Erwerbstätigkeit will gelernt und verstanden sein. Das trifft besonders auf die Landwirtschaft zu, die von unendlich vielen Einflüssen klimatischer und sonstiger Art abhängig ist und neben der Vorbildung große praktische Erfahrung voraussetzt.

Aber gegenüber den Tausenden oder Zehntausenden, die auf dem Lande angeliebt werden können, darf auch das wirtschaftliche Interesse der Gesamtheit nicht vergessen werden. Diese hat kein Interesse daran, die Zahl der Selbstverpfleger mit Kleinbesitz durch Aufteilung des Landes zu vergrößern. Ihr Interesse ist vielmehr die größte mögliche Bodenertragfähigkeit, die in Wirtschaften erzielt wird, in denen alle neuzeitlichen, technischen u. sonstigen Hilfsmittel in Anwendung gebracht werden können. Nur in solchen Betrieben wird die Arbeitskraft häuslicher ausgenutzt und zugleich die Produktion gesteigert. Von der Gesetzgebung aus muß auf die Erreichung dieses Zieles nach folgendem Plan hingewirkt werden:

1. Aufstellung eines Bebauungsplanes nach dem Grundsatz volkswirtschaftlicher Notwendigkeit. Die Bebauung der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche darf nicht mehr dem eigenen Willen und Eigennutz des Eigentümers preisgegeben werden, sondern nach dem Bedarf des Volkes geordnet werden. Der kommende Reichswirtschaftsrat muß einen Bebauungsplan aufstellen und nach diesem müssen die Wirtschaftsverbände und die Gemeinden bis herunter zum einzelnen Landwirt arbeiten. Unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes Betriebes müssen die Gemeinden jedem landwirtschaftlichen Produzenten die Auflieferung einer bestimmten Erzeugung und Ablieferung machen. Die Viehhaltung ist zur Körner- und Weidewirtschaft in das richtige Verhältnis zu setzen.
2. Großgrundbesitz ist nach Maßgabe der Rentabilität und Zweckmäßigkeit zu verwenden. Entscheidend für die Aufteilung des Großgrundbesitzes ist nicht der Gedanke der Siedlung und Siedlungsmöglichkeit von Familien, sondern das Wohl der Gesamtheit. Ausnahmen sind zu Gunsten von Kriegsbeschädigten und sonstigen sozial gefährdeten Klassen zu machen. Der größere Grundbesitz muß die hauptsächlichste Quelle der Lebensmittelversorgung unserer Großstädte bleiben.
3. Ausnutzung aller technischen Hilfsmittel. Lieferung und Austausch von Saatgut, planmäßige Verteilung von künstlichem Dünger und Kraftfuttermitteln. Der Reichswirtschaftsrat muß den Bestand der einzelnen Wirtschaftsgüter genau feststellen, um die Erzeugung in der richtigen Weise zu regeln. Die technischen Neuerungen sollen auch dem kleinen und mittleren Landwirte zugute kommen, die nicht mehr als Objekte, sondern als Subjekte des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses zu gelten haben. Die Dünger- und Futtermittel

find auch Kohlen und andere Rohstoffe planmäßig zu beschaffen und zu verteilen. Eine zweckentsprechende Verdoppelung der landwirtschaftlichen Nutzfläche, eine durchgreifende Melioration und die umfassende Elektrifizierung der elektrischen Kraft sind in die Wege zu leiten.

4. Der praktischen und theoretischen Ausbildung der Landwirte ist die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Obligatorischer landwirtschaftlicher Fortbildungsausschuss, Studium des Landbaues in anderen Gegenden und kulturell fortgeschrittenen Staaten sowie Errichtung von Musterhöfen der verschiedenen Art und Größe ist dringende Aufgabe.

5. Die Viehzucht muß aus politischen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Gründen, nachdem der Viehstand durch die Kriegsjahre und die Abgabe an die Entente beunruhigt worden ist, recht rasch wieder gehoben werden. Nur dadurch ist die Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Fleisch sicherzustellen.

6. Genossenschaftliche Organisationen können als Interessensvertretung für Stadt und Land am besten als selbstwirtschaftliche Abteilungen der auszubauenden Landratsämter eingefügt werden. Sie haben Interesse der Produzenten und Konsumenten an Qualität und Preis paritätisch zu wahren.

Die Verwirklichung dieser Vorschläge wäre eine Fundgrube des Fortschritts für erhöhte Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und bessere Lebensmittellieferung. Auf diese Weise würde eine gute Agrarwirtschaft dem ganzen Volke zum Nutzen gereichen.

Politische Uebersicht.

Der Steuerertrag.

Die Eintreibung der Steuerzahler durch die neuen Reichsteuern schreitet munter fort. Zuerst schloß die Kriegsgewinnsteuer gründlich ab, dann kommt das Reichsnotopfer dazu, und vom Reich ist die Reichseinkommensteuer zu zahlen. Zu dieser tritt dann die Ergänzungsteuer und die Gewerbesteuer, welche letztere den übermäßigen Verbrauch mit außerordentlich hohen Ausgaben belegt.

Bisher ist auf die Revolution eine tolle Verschwendung gefolgt. Bei der Unicherheit des Kapitalbesitzes und den drohenden hohen Steuern, hielten es die meisten Büchsen für geraten, noch rasch, soviel wie möglich auszugeben. In den unabhängigen Volksbeauftragten der Einzelstaaten ist es seinerzeit gescheitert, dem durch rechtzeitige Vermögenskonfiskation vorzubeugen. Man mußte daher warten, bis die Nationalversammlung auf ordnungsmäßigem Wege einen der Verfassungsentwürfe nach dem anderen beschloß.

Nun aber beginnt sich der Ring zu schließen. Die Meisten vermögen, die im Kriege entstanden sind, fallen zu einem erheblichen Teile an das Reich. Auch das alte schon früher vorhandene Vermögen wird erheblich vermindert. Vom neuwertigen Einkommen werden hohe Abgaben für die Allgemeinheit eingezogen. Wer etwas zur Kapitalbildung übrig hat, hat eine erhebliche Kapitalsteuer zu leisten; wer aber sein ganzes Geld verstreut hat, hat einen noch höheren Beitrag zu den Reichskassen zu leisten. Die Einkommens- und Vermögenssteuer wird einheitlich und lädenlos in die Hand des Reiches gelegt, Einzelstaaten und Gemeinden werden in Zukunft nur noch Träger des Reiches sein.

Damit ist der Anfang zur Volkswirtschaftlichkeit und finanziellen Gesundung gemacht. Die Übergangszeit mag schwierig werden, und in nicht wenigen Unternehmen wird es an dem Kapital fehlen, zumal da die Menge des zur Beschaffung und zu Anwartschaften notwendigen Geldes durch die Finanzierung und die Entwertung der Reichsanleihe außerordentlich gestiegen ist. Aber gerade diese Geldknappheit wird den moralischen Gesundungsprozeß des deutschen Volkes gewaltig fördern. Das aufstrebende Schuldsystem, das auf der einen Seite Geld mit vollen Händen ausgegossen wird, während auf der anderen Seite bittere Not herrscht, wird aufhören, Massenverelendung zu sein. Es wird dem ganzen Volke zum Bewußtsein kommen, daß wir eine Nation von Vorkriegszeiten sind, ein Proletariat, in dem es reiche Leute nach dem Vergriffen des Auslandes kaum noch geben wird. Damit werden auch die sozialen Kämpfe entgültig, damit wird das angebahnt werden, was dem deutschen Volke am meisten not tut, wenn es die bevorstehenden schweren Jahre überwinden soll: ein einheitliches nationales

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Tandrup.

Blomberg war aufgestanden und stieg die Hand auf den Tisch, während er sich vornüber beugte und fragte, womit er dienen könne. Dabei fiel ein Lichtstrahl auf den geschliffenen Rand der roten Glasplatte seines Fingerringes, und Anderen sah, wie sich dieser kleine leuchtende Punkt mit der zitternden Hand unruhig hin und her bewegte.

„Konst war Blomberg unverändert, höchstens ein bißchen gelber als gewöhnlich.“

„Wer von Ihnen ist der Schneider Blomberg?“ fragte der Fremde.

„Blomberg? Der bin ich,“ antwortete dieser, indem er sich verneigte.

„Ich habe mit Ihnen unter vier Augen zu sprechen,“ sagte der Herr.

„Wie Sie wünschen!“ Blomberg verbogte sich nochmals und wendete sich dann an Anderen. „Sie können einstweilen in die Kammer gehen.“

Anderen stand sofort auf.

„Vielleicht legen Sie sich an das Fenster?“ fügte der Fremde hinzu, als Anderen die Kammertür öffnete.

„Ach, dort ist nicht viel zu sehen,“ entgegnete der Gefelle lächelnd, „nur eine nackte Mauer.“

„Wegen der Aussicht sagte ich es nicht,“ erklärte der Fremde. „Es ist bloß besser wenn Sie nicht zu nahe bei der Tür stehen.“

„Gefällt Ihnen das Fenster an und es dauerte eine ganze Weile, ehe er begriff, was der andere damit sagen wollte. Als es ihm endlich klar war, wurde er dunkelrot.“

„Sie denken doch nicht, daß ich horche?“ fragte er leise, beinahe erstickend über die eigene Kühnheit. Aber das konnte er sich nicht gefallen lassen.

„Geben Sie jetzt nur, Anderen,“ sagte Blomberg, während er ihn sanft in die Kammer schob. „Und setzen Sie sich ruhig an das Fenster, wie der Herr gesagt hat.“

Rechtlich, ein gemeinsames Tragen der schweren Lasten, die Krieg und Wiederlage uns auferlegen.“

Der Reichsparteitag des Zentrums

Am 18. Januar mit einem Begrüßungsabend im Reichstagsgebäude in Berlin seinen Anfang. Für die Verhandlungen des Parteitag und drei Tage vorgezogen. Sie wurden eingeleitet durch einen Vortrag des Abg. Timmorn über allgemeine Politik. Daran an schloß sich das Referat des Abg. Gerold über Wirtschaftspolitik, des Abg. Egerwald über Sozialpolitik und Beschäftigtenspiege, des Abg. Ehrhard über das Mittelmeer und der Abg. Frankel über die Parteiorganisation. Im Anschluß an diese politischen Vorträge sprach der Abg. Dr. Braun über Parteiprogramm und Parteiprogramm, ferner Professor Mäusbach über Staat und Kirche und Professor Krauß über Staat und Kirche. Weitere Beratungsgegenstände des Parteitages sind das Parteiprogramm, die eingelaufenen Anträge und die Wahl des Parteivorstandes.

Wilhelm der Gemütsmensch.

Die „Soz. Republik“ veröffentlicht einen Brief Kaiser Wilhelms II. an den „Neuen Mann“ (den Zaren Nikolaus) vom 7. Februar 1905, der u. a. folgenden Satz enthält: „Mein Reichstag ist für mich so schlecht wie nur möglich auf. Er kämpft fortwährend und rüdwärts zwischen der Sozialdemokratie, die von den Juden angetrieben werden, und den ultramontanen Katholiken. Beide Parteien sind, soweit ich sehen kann, bald tot, samt und sonders geht es zu.“

Der Reichstag weigerte sich nämlich damals, die Budgetvorlage anzunehmen und Wilhelm trug sich fort mit dem Gedanken, die Wände überhaupt zusammenzuwerfen. Ob der Handstreich heute nicht selbst ein gewisses Mißgefühl am Hofe empfindet, wenn er an seinen Brief erinnert wird? Geheiß! Wie natürlich das klingt!

J. S. Sonnenfeld.

Zu dem Strafantrag, den Gen. Scheidemann gegen den Vater des Schießers Sonnenfeld gestellt hat, weil dieser ihn beschuldigt hatte, Mörder gegen Viehbesitzer und Rosa Lupemburg gebungen zu haben, erklärt der Angeklagte jetzt, daß nicht er der Urheber der in Rede stehenden Beschuldigung ist, sondern daß sie ihm seinerzeit im Reichstage von einer Strafbank sehr nahe liegenden Seite mitgeteilt worden sei, und daß er deren Namen dem Staatsanwalt im Verhör nennen werde. — Öffentlich wird das Verfahren beschleunigt, damit die phantastischen Märchen der Sonnenfelds schnellstens als Fabeln entlarvt werden.

Unabhängiger Abfindungsrat.

Die „Soz. Republik“, das Aristokratische Rätenorgan, äußert in seiner Freitagnummer einen fürchterlichen Krach über den „Wiedenerberger Abfindungsrat“. Der Wiedenerberger Großherzog Friedrich Franz sollte mit 6 Millionen Mark in bar und einigen Ämtern abgefunden werden, und die sozialdemokratische Fraktion war dagegen. Aber bei der Abstimmung ist angeblich der rechtssozialistische Vorkämpfer Roderer sowie „Koselsozialisten“ aus dem Saal „hinausgedrängt“ worden, als die bürgerlichen Abgeordneten, die dafür waren, zur Mehrheit brauchten. Wir können zunächst nicht feststellen, wie die Verhältnisse bei der Abstimmung in Wirklichkeit waren. Das ist nicht so wichtig, wie oben behauptet, daß fast die gesamte „Rechtssozialisten“ der unabhängigen Schiedsrichter gesamtverurteilt. Das ist aber Nebenache. Die Hauptsache ist, daß die Wiedenerberger ihrem Vertrag freiwillig 15 Millionen Mark Abfindung angeboten haben und wir zahlen 10 Mark freiwilligen Beitrag in den Pressefonds der „Soz. Republik“, wenn sie uns nachweist, daß dem nicht so ist. Also bitte!

Die Inzucht nach Moskau.

Der Parteivorstand der Unabhängigen Partei labet die auf gleichem Boden stehenden Parteien anderer Länder zu einer Vespersion ein, die möglichst im Februar 1920 in Deutschland oder Österreich stattfinden soll. Die Vespersion auf Österreich ist offenbar bestimmt, die Wiener Parteileitung brüderlich in Verlegenheit zu bringen. Ist es doch Moskau, das den nächsten Kampf gegen die innere Politik der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie führt und an dieses Moskau will sich die Unabhängige Partei anschließen und die deutsch-österreichische Partei zu dem gleichen Vorgehen zwingen.

Schlafwagen als Notquartiere.

Berlin, 31. Dez. (Privatmeldung.) Kürzlich war die Eisenbahndirektion vom Berliner Magistrat anersucht worden, Schlafwagen als Notquartiere zu Verfügung zu stellen. Zur Organisation dieses Erprobungsversuchs werden für Berlin mit Beginn des kommenden Jahres von der Eisenbahndirektion Berlin 30 Schlafwagen mit 600 Plätzen auf dem

Arbeiter, Gewerkschaften, Arbeiter und Militärabteilung Schöneberg einbestellt werden. Die Frage der Kartenanzahl ist noch nicht geneigt. Grundsätzlich sollen nur Durchreisende, die die Nacht unbedingt in Berlin verbringen müssen, berücksichtigt werden.

Badische Politik.

Zur Einheitsstaatsdebatte.

gr. Die Debatte über den Einheitsstaat scheint zu einer gewissen Klärung gekommen zu sein, wenn auch dem Badischen Regierungsorgan diese Klärung immer noch sehr fernliegt. Wir glauben daher als Fazit der Debatte eine Zurechnung zum Einheitsstaat — weniger aus Liebe, denn aus Vernunft — konstatieren zu können, wobei allerdings eine Reihe Forderungen zu nennen sind, die die Entwicklung nicht in das Gegenteil umschlagen soll.

Als Voraussetzungen des Einheitsstaates möchten wir sonach auf Grund der Debatte bezeichnen: 1. weitgehendste Selbstverwaltungsmächte (die Spitzen der Provinzen müssen aus dem Provinzialparlament hervorgehen ebenso müssen die Beamten regional ernannt werden, wozu noch weitere Wünsche beim Eisenbahnbau, Steuerfragen, Schulfragen, Agrarfragen usw. kommen);

2. weitgehendste Dezentralisation des Behördenapparates (damit nicht die ganze obere Leitung am Sitz der Reichshauptstadt ist, wobei vielleicht in Erwägung zu ziehen wäre, ob deren Sitz nicht weiter nach dem Süden verlegt werden könne);

3. Aufteilung Preußens in seine natürlichen Landeskörper (Preußen, Hannover, Rheinland-Westfalen, Bildung eines Großhessen, Großhessen usw.);

4. Demokratisierung des preußischen Beamtenapparates (da der freie Süden nicht geübt ist, Opfer für den reaktionären Norden zu bringen).

Wie ersichtlich, liegt die Lösung der Einheitsfrage bei Preußen, so daß es in der Hauptfrage Aufgabe der preußischen Landesregierung ist, ihre eigenen Interessen zur Wirklichkeit werden zu lassen. Es ist ihr Verdienst, die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes erkannt zu haben. Nun wird es jedoch ihre Pflicht, rasch ihre Worte in Taten umzusetzen, bevor nicht diese Gespräche Epitaph geworden sind. Möge also Preußen mit Handlungen beginnen; wir Süddeutschen sind hier nach — aber nur hier nach — zu Fortsetzungen bereit.

Landeskonferenz und sozialistische Lehrer.

gr. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Geistesarbeiter Wadens läßt es sich angelegen sein, die heutigen Strömungen und Entwicklungen unseres geistigen und äußeren Seins von hoher Warte aus zu schauen und durchbringen zu lassen. Insbesondere muß man es der Karlsruhe'iger Ortsgruppe lassen, daß sie sich bemüht, Zeitfragen in tiefergehender Form ihren Mitgliedern näher zu bringen. So war auch die letzte Freitagssammlung der Karlsruhe'iger Arbeitsgemeinschaft, die der Schulfrage gewidmet war, ein voller Erfolg, der den zahlreicheren Hörern, die vielfach auch von außerhalb kamen, tiefe Eindrücke hinterließ. In einem weitwärtigen Referat des Gen. Hauptlehrers Reinmuth-Forgue behandelte dieser die „Simultanschule“, indem er auf die enttäuschende Wirkung des Schulreformversuches hinwies, da die konfessionelle Schule die Unabteilbarkeit fördere, weshalb die einseitige Staatschule zu verlangsamen ist, die allein auf Staatsbürger bilden, wie wir sie zum Neuaufbau brauchen. Ein sachlich tiefergründiges Referat über die Schulfrage hielt Gen. Prof. Hoffmann, der eingangs auf die Bedeutung des preußischen Erlasses über die Konferenzrechte des Lehrkörpers hinwies, um daran anschließend ein positives Programm der Selbstverwaltung der Schule bei Mitbestimmung des Lehrers zu entwickeln, wobei folgende 6 Faktoren harmonisch zusammenwirken müssen: Schüler, Eltern, Lehrer, Gemeinde, Staat. Im weiteren Teil seiner Ausführungen ging Redner dann noch auf die Frage eines Landeslehrerrates, der Schulkonferenzen usw. ein, indem er verlangte, daß auf den Schulkonferenzen das freirechtliche Element entsprechend vertreten wird. In der Diskussion gingen die anwesenden Fachmänner auf die Selbstverwaltungsfragen der Schule näher ein, während die Genossen Dr. Dieß, Dr. Kraus und Dr. Kaufmeyer vor allem auf die Notwendigkeit der religiösen Toleranz in der Schule nach jeder Richtung hin hinwiesen. Neben einer Resolution, die sich

„Wer sollte es sonst genommen haben?“

„Ja, das müßte doch eigentlich die Polizei heransbringen,“ antwortete Blomberg pfiffig. „Aber vielleicht gibt es eine Art Trinkgeld für den, der ihr auf die Spur helfen kann?“

„Sie wissen etwas?“

Blomberg beugte sich ganz nahe zu dem andern hin und flüsterte:

„Gaber Sie sich diesen Anderen, der vorhin in jener Kammer ging genau angelesen?“

„Sie wollen mir doch nicht weismachen daß der so etwas getan haben soll?“ sagte der Schuhmann. „Er sah aus als könne er nicht bis drei zählen.“

„Ja, ja, er ist ein Schlaumeier, dieser Anderen,“ raunte Blomberg. „Gerade heute habe ich ihn in seiner Kammer Geld zählen hören. Sie sollten sich wirklich seinen Koffer ansehen, Herr Polizei.“ Es ist eine ganz unansehnliche lächerliche Truße mit Kleidern und dergleichen, aber ich bin festüberzeugt, es sind Sachen darin, die ganz wo anders je zu sehen.“

Der Beamte sah Blomberg mißtrauisch an. Er hatte es sich in den Kopf gesetzt, daß der Schwede der Dieb sein müßte und war nicht so schnell von dieser Meinung abzubringen.

„Wir können uns ja den Durschen einmal ansehen,“ sagte er schließlich unwillig. „Müssen Sie ihn.“

Blomberg öffnete die Tür und bat Anderen freundlich näherzutreten. Zufällig lächelnd kam dieser herein.

Der Polizist bedeutete ihm mit einer Handbewegung, sich mitten ins Zimmer zu stellen, so daß das Licht aus der armlängigen Lampe voll auf sein Gesicht fiel.

„Wie heißen Sie?“ begann er das Verhör.

„Anderen.“

„Vorname?“

„Gans Peter.“ — Ich bin nach dem großen Richter genannt, dem, der die Geschichte von dem häßlichen, jungen Entlein geschrieben hat.“

(Fortsetzung folgt.)

„unabhängig hung zur ein Erbeitsgemei schaft“

Eine Cr eines grob krate, ich einem Sa lung statt anderen B Württemberg mar 1919 hädliche Ob seinen Dr storf auf der recht befric seine näher das Abstim das Jogen. nommen, fo durchaus zu Verhältnis des Stimm

Unsere V veramlun Abgeordnet menzahl wa menzahl des nach. 1913 1919 aber men, also Kartelfreie mon nach d ganz ander 5. Januar sfigeres W tag 8 w a h

Reichst Dr. Wirt einhaus in Reichstags Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

Reichst Dr. Wirt über Polit besondere i Reputati Bedeutung nicht einzu liches Befo des Vaterl Kaiser scho

unabhängig zur Einheitsfront befand, gelangte eine Entscheidung zur einstimmigen Annahme, die für die sozialdemokratischen Lehrer, vertreten in der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, auf der demnächstigen Landes- schullieferanten zwei Vertreter verlangt.

Eine Erinnerung an den 5. Januar 1919, als den Tag eines großen Wahlerfolges für die badische Sozialdemokratie, scheint uns heute angebracht. Es fanden heute vor einem Jahre die Wahlen zur badischen Nationalversammlung statt; Baden war bezüglich des Wahltermins allen anderen Bundesstaaten vorausgeeilt, denn in Bayern, Württemberg, Hessen etc. wählte man erst nach dem 5. Januar 1919 zu den einzelstaatlichen Parlamenten. — Das badische Oberland sah sich glänzend und rückte selbst in seinen Orten dem bis dahin dort dominierenden Zentrum stark auf den Leib. Auch die Erfolge in Mittelbaden waren recht befriedigend; vorzüglich hielt sich Karlsruhe und seine nähere Umgebung. Im Unterland enttäuschte etwas das Abstimmungsergebnis in Mannheim, aber auch das sogenannte Sinterland wählte leidlich gut. Im ganzen genommen, konnte die badische Sozialdemokratie mit einem durchaus zufriedenstellenden Wahlergebnis aufwarten, die Verhältniswahl und im allgemeinen auch die Verleihung des Stimmrechts an die Frauen hatten sich bewährt.

Unsere Partei sandte 36 Abgeordnete in die Nationalversammlung; im Landtag von 1913 war sie nur mit 12 Abgeordneten vertreten. Die sozialdemokratische Stimmzahl war zugleich enorm gestiegen und stand der Stimmzahl desentrums der größten Partei in Baden wenig nach. 1913 entfielen auf die Sozialdemokratie 22 Prozent, 1919 aber 33 Prozent der überhaupt abgegebenen Stimmen, also ein volles Drittel. Groß war die Freude in Parteikreisen, wenn auch ruhig angegeben werden muß, daß noch nach der Revolution des 9. November 1918 noch ein ganz anderes Resultat zu erwarten berechtigt war. — Der 5. Januar 1920 soll uns aber Ansporn sein, ein noch günstigeres Wahlergebnis für die bevorstehenden Reichstagswahlen vorzubereiten.

Reichstagspräsident Fehrenbach und Finanzminister Dr. Birtz über die politische Lage. Im katholischen Vereinshaus in Freiburg äußerten sich letzten Freitagabend Reichstagspräsident Fehrenbach und Finanzminister Dr. Birtz in einer stark besuchten Volksversammlung über politische Tagesfragen. Herr Fehrenbach betonte insbesondere mit Nachdruck, daß das Bekenntnis zur Republik eine politische Notwendigkeit von allererster Bedeutung sei. Nur schwerfälliges Denken vermöge das nicht einzusehen. Die Stunde fordere ein treues und ehrliches Bekenntnis zur jetzigen Staatsform. Im Interesse des Vaterlandes wäre es erprießlicher gewesen, wenn der Kaiser schon früher, etwa im Juli 1918 abgedankt hätte. Aber sowohl die Hohenzollern, als auch die Wittelsbacher seien in der Stunde der höchsten Not des Vaterlandes nur auf die Ausbreitung ihres Machtbereiches bedacht gewesen. Bei dem leidenschaftlichen Kampfe, den die Reichsparteien gegen die Regierung führten, sei ein Zusammengehen des Zentrums mit ihnen unmöglich. Zu den Unmöglichen gehöre unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Regierungsform ohne oder gegen die Sozialdemokratie. — Herr Finanzminister Birtz führte u. a. aus, daß die vernünftigste Politik, die wir betreiben könnten, die Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaues sei. An eine Aufhebung der Zwangs- wirtschaft könne vorläufig nicht gedacht werden, diejenigen, welche dafür agitieren, seien von einer sinnlosen Verblendung befallen. Phantastische Lohnforderungen würden die notwendige Folge hier von sein. Eine Regierung, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Ausbeutung der Zwangswirtschaft zustimmen würde, gehöre aus dem Amte gejagt und vor einen Staatsgerichtshof gestellt. Zur Frage des Einheitsfrontbündnisses bemerkte der Finanzminister, daß wir, obwohl ein großer deutscher, von extremen bruchhässigen Einflüssen freibleibender Einheitsfront zur Lösung großartiger politischer und wirtschaftlicher Fragen zu begründen wäre, uns doch gegen Schablonisierung und Behormung durch Berliner Bürokratie wehren müßten. In dieser Frage gelte das Wort: Im großen Einheitsfront, im kleinen Freiheit!

Paul Colin über die franz. Sozialdemokratie.

In der neuesten Nr. 52 des „Sozialist“ vertritt sich Colin über den französischen Sozialismus nach den Wahlen. Entgegen dem nationalistischen Gehalt der kapitalistischen Bourgeoisiedresse stellt er fest, daß trotz der geringen Mandatszahl die Stimmzahl der Sozialdemokratie ungeheuer zugenommen habe, so daß heute ein Viertel des französischen Volkes und ein Drittel von Paris „denen ihre Stimme gegeben hatten, die an die Spitze ihres Programms die Revision des Versailles-Vertrages und die Abschaffung des militaristischen Imperialismus setzten“.

Colin kommt dann auf die Wahlkraft und die ganze Haltung des französischen Sozialisten zu sprechen und wendet sich aufs schärfste gegen kommunistische und bloße Oppositionstendenzen, von denen die Partei als solche nur Schaden hat. Er sagt:

Der Wod, der, wie gesagt, aufgebaut ist auf dem Wod, und der Feindschaft gegen den Sozialismus und auf der Suche vor ihm, hat unsere Partei in eine extremistische Politik hineingetrieben, die eine Gefahr für sie bedeutet. Er hat Verwirrung in den besten sozialistischen Köpfen angerichtet, die angesichts der Entfesselung einer so tiefen Feindschaft sich selbst zu mißtrauen begannen. Die Wendung nach rechts, die die reaktionäre Bourgeoisie wollte, hat einen Rückschritt in die Geleise geführt, der die sozialistische Partei in unbekannt und gefährliche Regionen führte.

Vor allem hat die russische Bolschewikendiktatur radikalisiert und die Parteigenossen gewirkt; vor diesem Revolutions- und Oppositionsradikalismus steht nun Colin die größte Gefahr für den Sozialismus in Frankreich. Er schreibt u. a. wörtlich: Der Imperialismus der Sieger macht es uns unmöglich, uns Rechenschaft von der wirklichen Lage in Russland zu geben, und an Ort und Stelle die sich darbietenden Probleme zu studieren. Das ist eine Infamie, gegen die wir uns zusammen mit unseren ausländischen Genossen nicht energisch genug wenden können. Aber es gibt einen Unterschied zwischen dem gegenwärtigen Schicksal der Russen und dem bolschewistischen Regime: jenes ist uns bekannt, von diesem wissen wir wenig.

Die Opposition des nationalen Wod hat diese Unklarheit verstärkt. Sie hat die Verwirrung ins Maßlose gesteigert, und wenige Sozialisten haben einen klaren Kopf behalten. Einige Sozialisten haben sich ebenso entschlossen gegen die verführerische Ideologie eines dilettantischen Terrorismus wie gegen den abstrakten Nationalismus eines Renardel und der Führer der belgischen Arbeiterpartei gewandt. Von der großen Partei, die sich von der imperialistischen Hysterie losmachte, hat der größte Teil nicht abstrakt genug den neuen Glauben gelehrt, der aus dem Ofen kommt, sondern er hat in der Reaktion auf das Geschrei des nationalen Wods zwar nicht seinen Geist, aber seine Terminologie angenommen. Ich behaupte, daß es dem bürokratischen Wod nach der Herleitung des Programms der Partei in der Richtung gelungen ist, unser Programm zu zerlegen und das er an der gegenwärtigen Verwirrung die Schuld trägt. Er ist auch verantwortlich für das Befahren gewisser französischer Sozialisten, sich in eine verhängnisvolle Politik reiner Reaktion zu fügen. Deshalb wie die Gegner suchen sie nicht aufzubauen, sondern zu zerbrechen. Dem anti-sozialistischen Schicksal antwortet eine an und für sich unzureichende Barock des Antiformalismus.

Schließlich wendet sich Colin mit außerordentlich beachtenswerten Warnungen und Mahnungen an die französische Sozialdemokratie:

Die Feindschaft gegen einen Gegner ist nur fruchtbar, wenn man seinem sozialen Programm ein anderes entgegensetzt, das klar und wohlüberlegt ist. Im anderen Fall treibt man eine gefährliche Politik, die zu einer politischen Revision führt, die wir nicht wollen, weil sie unnütz ist und das Blut des Volkes kostet, solange ihr nicht eine moralische Umwälzung vorangegangen ist. Sie bringt das Chaos herbei, ein Chaos auf anderer Grundlage, aber eins, das nicht entschuldbar ist als das gegenwärtige. Es fehlt ihr der Gedanke und das Gleichgewicht.

Sicher sind diejenigen unserer Genossen, die vor diesem neuen Gift angefaßt sind, viel weniger zahlreich als diejenigen, die zur bolschewistischen Ideologie hinneigen. Dennoch wir müssen auf der Hut sein und Sorge tragen, daß sie selbst auf sich achtgeben.

Es ist nötig, auf den nationalen Wod, dieses künstliche und zum schnellen Zusammenbruch verdammt Gebilde, durch die Schaffung und Vertiefung eines präzisen und sehr positiven westlichen Programms zu reagieren, das heißt eines Programms, das den Notwendigkeiten und dem Wesen unseres Landes angepaßt und von einer unbegrenzten Bestimmtheit ist. Man muß mehr das neue Regime antreiben und es vorbereiten, als das alte verfluchen.

Das ist es, womit sich die französische Vereinigte Sozialistische Partei erfüllen muß, wenn sie dem gegenwärtigen Nieder enttrinnen und wieder der gesunde und rechthässige Arbeiter der allgemeinen Befreiung werden will.

Es ist eine eigentümliche Ironie, daß gerade der unabhängige „Sozialist“ diese Worte Colins zum Ausdruck bringt, sind sie doch ein Vernichtungsurteil über die politische Taktik der deutschen Unabhängigen und die Beschlüsse des Leipziger Parteitag. Über die Ströbel, Kautsky, Reichswehr usw. die Mitarbeiter am „Sozialist“ sind, gehören ja auch nicht mehr der U.S.P. des Leipziger Aktionsprogramms an!

Aus der Partei.

Internationaler Kongress sozialistischer Studenten.

Von unserm Schweizer T.Mitarbeiter wird uns berichtet: Ueber die Weihnachtsfeierabend fand in Genf der erste internationale sozialistische Studentenkongress statt, der von etwa 40 Delegierten sozialistischer Studentengruppen aus England, Deutschland, Frankreich, Oesterreich, der Schweiz, Holland, Jugoslawien, Belgien und Italien besetzt war. Angeregt wurde die Abhaltung dieses Kongresses von den revolutionär-sozialistischen Studenten in Paris und die Genfer Studenten wurden mit der Durchführung betraut. Anfanglich haben die Genfer Behörden die Genehmigung zur Abhaltung des Kongresses verweigert; nach dem siegreichen Ausfall der Genfer Großratswahlen für die Sozialisten wurde die Genehmigung zur Abhaltung ohne weiteres gegeben. Nach den üblichen gegenseitigen Begrüßungen erstatteten die Delegierten der einzelnen Länder jeweils einen kurzen Situationsbericht. Die deutschen Studenten teilen sich in zwei Gruppen, je 1000 Mitglieder umfassend; die erstere steht den Mehrheitssozialisten nahe, erblüht aber ihre Tätigkeit weniger in parteipolitischer Betätigung als vielmehr im wissenschaftlichen Studium des Sozialismus und der Aufklärung der studierenden Jugend; ein Anstoß an die Arbeiterjugend wird von dieser Seite abgelehnt, weil die Arbeiterschaft der Studentenschaft ja doch nicht traue. (?) Die Vertreter der unabhängigen und kommunistischen Studenten bilden die andere, ebenfalls etwa 1000 Mitglieder zählende Gruppe, welche ihre Hauptaufgabe darin erblickt, die revolutionären Studenten mit der proletarischen Jugend zu versammeln, sowie an ihren Aktionen teilzunehmen. Diefelbe Stellung nehmen die schweizerischen und holländischen Studenten, ein deren Organisationen etwa 200 Mitglieder zählen. Erheblich schärfer sprechen sich die jugoslawischen Delegierten aus, die ihre Mitgliederzahl ebenfalls auf 1000 angeben. Die Belgier und die Oesterreicher haben gemäßigte Delegierte geschickt; die Mitgliederzahl wird von beiden Gruppen mit je 700 angegeben. Die englischen Studenten, die auf 600 Mitglieder geschätzt werden, verteilten sich auf die verschiedenen sozialistischen Richtungen; die englische Delegation verlangt, daß sich der Internationale Kongress und die Internationale Studentenorganisation zu den gleichen Grundthesen bekennen, damit sich die Vertreter der verschiedenen sozialistischen Auffassung in ihr vereinnahmen können, wenn irgend ein praktischer Erfolg erreicht werden soll. Schon aus den Berichten der einzelnen Länder geht der große Gegensatz hervor, der auf der Tagesordnung ausgetragen werden mußte. Die Frage dreht sich um den Beitritt zur dritten Internationale oder der Unabhängigkeit der sozialistischen Studenteminternationale. Die Frage des Beitritts zur zweiten Internationale wurde mit einfachem Übergang zur Tagesordnung ohne jede Diskussion erledigt. Nach langer Diskussion über die beiden Fragen: Beitritt zur dritten Internationale oder Unabhängiger Sozialistischer Studentebund entschied sich der Kongress mit Mehrheit für den Beitritt zur dritten Internationale. Damit war aber auch der Kongress zu Ende, denn die Gegner der dritten Internationale lehnten eine weitere Teilnahme am Kongresse ab.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 3. Jan. Die „B. Z. a. M.“ gibt eine Meldung des „Daily Telegraph“ wieder, wonach die nach Philadelphia bestimmte Hanbuzer Post „Paul“ als erstes deutsches Schiff unter deutscher Führung, das einen kanadischen Hafen anlieft, in Halifax eingetroffen ist.

Altenau (Westfalen), 3. Jan. Am 2. Januar stieß der von Rieteln kommende Güterzug 9487 auf den im Bahnhof Rieteln (Kreis Herford) stehenden Personenzug 1762. Zwei Reisende wurden getötet, 22 verletzt, davon 6 schwer. Beide Lokomotiven, sowie je zwei Personenzug- und Güterwagen wurden stark beschädigt. Deshalb der Güterzug des Westfalen überfuhr unterliegt nach der Unterjudung.

Paris, 3. Jan. Dem „Welt Parisien“ wird aus New-Horik gemeldet, daß im Verlaufe einer Razzia in Chicago 200 Volkswaffen und Anarchisten verhaftet wurden. Zwei Transporte von Volkswaffen seien bereits nach Russland abgeschoben worden.

Paris, 3. Jan. Dem „Welt Parisien“ wird aus Straßburg gemeldet, daß wegen des verpönderten Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland die Aushebung der Straf-Lothringer der Klasse 1919 beschoben und für den Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrages bestimmt worden ist.

Wiener Glendbilder.

Von Paul Umbreit.

Von der Lebensmittelversorgung.

Am stärksten prägt sich die Notlage der Wiener Bevölkerung in der Ernährungsfrage aus. Vielleicht nicht für den Meisten, der die Stadt nur flüchtig berührt und in seinem Hotel oder einigen Lokalen für 25 oder 30 Kronen noch immer reichliches Mittagessen erhält. Für den Ausländer sind 25 bis 30 Kronen nicht viel, den meisten Einheimischen aber sind sie für eine Mahlzeit unerschwinglich. Der gelernte Arbeiter, der wöchentlich etwa 200 bis 300 Kronen verdient und davon etwa 20 bis 25 Kronen für Wohnung und 10 Kronen für Straßenbahnfahrten aufwenden muß, kann sich das nicht leisten, und es gibt noch viele Arbeiter- und Angestelltenfamilien die weit weniger verdienen.

Für die Volksernährung ist im allgemeinen das Maß der rationierten Lebensmittel symptomatisch. In Wien etwas weniger als in Deutschland, weil dort die Rationierung noch mehr auf dem Papier steht. Aber je geringer und unsicherer die Rationen, desto höher und unerschwinglicher die Schleichhandelspreise und desto größer die Not der Armen. Nach den kabischen Tabellen über die Ernährungsfrage der Wiener Bevölkerung im Jahre 1919 beträgt das Quantum der rationierten Lebensmittel pro Kopf: Brot 25 Kilogramm für 14 Tage; Mehl 0,5 Kilogramm für 14 Tage; Kartoffeln 1 Kilogramm für 7 Tage; Zucker 0,75 Kilogramm für 80 Tage; Marmelade 0,5 Kilogramm für 80 Tage; Milch —; Fleisch 0,2 Kilogramm für 7 Tage; Käse —; Eier 2 Stück für 7 Tage; Butter 80 Gramm für 7 Tage. Diese Lebensmittelration stellt etwa 980 Normalernährungsmengen dar. Nach Prof. von Requet beträgt der tägliche Durchschnittsbedarf der Bevölkerung 4000 Normalernährungsmengen, so daß die durch die rationierten Nahrungsmittel gedeckten Nahrungsmenge nur 24 Prozent des Durchschnittsbedarfs deckt und 76 Prozent des Ernährungsbedarfs bei normaler Rationierung ungedeckt bleiben. Bei normaler Rationierung, — denn leider steht auch diese völlig unzureichende Versorgung zum Teil nur auf dem Papier. So werden die Brotlaibe immer kleiner und leichter hergestellt; Mehl ist kaum zu haben und anstatt des ganzen Kilos gibt es seit Wochen in Wien nur noch ein halbes Kilo Kartoffeln auf den Kopf. Eier sind seit Monaten in den weitesten Kreisen unbekannt und besonders schlimm ist es mit der Fleischversorgung bestellt. Mehl gibt es gar nicht

der 20 nicht einmal 5 Dekalogramm. Die Preise der rationierten Lebensmittel stellen sich wie folgt: 1 Lb Brot (1000 bis 1200 Gramm) kostet 240 Kronen; 1 Kilogramm Kartoffeln 140 Kronen; 50 Gramm Butter 8 Kronen; 50 Gr. Margarine 2 Kronen; 1 Liter Milch (nur für Kinder) 240 Kronen; 1 Dose Kondensmilch 10,80 Kronen; 1 Ei 3 Kronen; 100 Gramm Rindfleisch mit Knochen 6 Kronen; 100 Gramm Schweinefleisch 8 bis 10 Kronen; 100 Gramm Pferdefleisch 240 bis 4 Kronen.

So hoch diese Preise erscheinen, so wenig zeigt sich der Handel beflissen, für dieselben die rationierten Lebensmittel heranzuführen. So kommt es, daß für die Masse der Wiener Bevölkerung selbst die geringfügigeren Rationen niemals aufzutreiben sind und daß fast immer Schleichhandelspreise angelehrt werden müssen, um auch nur das Wenige zu erhalten. Diese Preise sind allerdings um ein Bedeutendes höher. Da steigt der Preis für 240 Kronen auf 5 bis 6 Kronen, das Kilo Kartoffeln von 140 Kronen auf 3 Kronen, das Dekalogramm Butter von 120 Kronen auf 3 bis 4 Kronen, das Kilo Rindfleisch auf 100 Kronen usw.

Nach Wiener Markthallen-Notierungen kosteten am

Table with 3 columns: Item, 1. Nov., 8. Nov. pro Kilo, 30. Nov. Items include Rindfleisch, Schweinefleisch, Kalbfleisch, Geflügel, Corned beef, Süßner, Pferdebutter, Margarin (120 Gramm), Margarin (120 Gramm), Kondensmilch, Öl (120 Gramm), Brot, Mehl, Kartoffeln, Zucker, Maisgrös, Weizen, Gelbe Mäßen, Zwiebeln, Äpfel.

Nach den Normalpreisen würde sich der Preis der rationierten Lebensmittel pro Kopf und Woche etwa auf 27,50 bis 30 Kronen stellen. Würde sich die Bevölkerung die schlechten 76 Proz. der benötigten Nahrungsmengen im Schleichhandel beschaffen, so würde sich die Ausgabe nach den gegenwärtigen Preisen auf 250 bis 300 Kronen pro Kopf und Woche stellen. Da diese Nahrungsmengen für alle aber nicht vorhanden sind, so steigen die Preise fortwährend, wie die obige Gegenüberstellung zeigt, und nur die Wohlhabenden können sich einigermaßen ausreichend ernähren. In den minderbemittelten und armen Bevölkerungskreisen ist der Hunger bei Tische ständiger Wandel. Kraut und Rüben sind die typische Mittags- und Abendkost, dazu ab und zu etwas Pfefferkuchen, Pferdebutter und fragwürdiges Corned beef. Kartoffeln werden von Jugoslawen eingeführt. Der Schleichhandelspreis ist 8-mal so hoch als der offizielle, aber wer Kartoffeln haben will, muß ihn bezahlen.

Der Fleischhunger der Bevölkerung fragt wenig nach Herkunft des Fleisches. Auf dem Gewerbefestkongress in Wien machte ein Vertreter der Fleischer wenig appetitliche Mitteilungen über die Geheimnisse der Fleischverwertung und Kurpfusch. Selbst in den erstklassigen Hotels soll der größte Teil der Fleischpreisen von Pferdefleisch bestritten werden und das bei wahren Phantasiepreisen. Die Vermissten durchwühlen die Abfalleimer und -kästen in den Häusern der wohlhabenden Viertel und die sonstigen Mülllagerstätten nach Fleisch- und Knochenresten. Als vor wenigen Wochen die Spalten der Wiener Presse von Sensationsberichten über die Auffindung von Leichenteilen eines verschwundenen 12jährigen Kindes erfüllt waren, ergaben sich die graunige Wahrheit, daß mehrere Familien von diesen Ueberresten gegessen hatten in der Annahme, es handle sich um weggeworfenes Tierfleisch. Der weitau größte Teil der Knochenreste konnte bisher nicht ermittelt werden. So grauenhafte Taten kann man natürlich nicht bezweckeln. Aber schon ihr bezeugtes Auftreten zeigt, wie schlimm es mit der Wiener Ernährung steht. In welchem Maße die Kinder darunter leiden, das soll der Inhalt unseres nächsten Artikels sein.

Das internationale Gewerkschaftsbüro vertritt zu seinen Kurufen für die Hilfsaktionen zuunehmen Deutschösterreich ein Bild vom hungernden Wien: Eine Gruppe verkümmertes Menschen im Rauchen des Dämons. Diese Menschen sind unsere Brüder. Sie erwarten sehnlichst unsere Hilfe. Helft ihnen, ehe es zu spät ist!

Paris, 3. Jan. Ueber das Befinden des Präsidenten Wilson...

London, 3. Jan. Eine 20köpfige bewaffnete Bande drang...

Stuttgart, 5. Jan. Bei der Stuttgarter Lebensversicherungs-

Christiania, 5. Jan. Aus Adventsbei auf Epibergen wird...

Aus dem Lande.

* Aus S. Durlach, 5. Jan. In der Neujahrsnacht wurde...

* Heimsheim, 3. Jan. 15jährige junge Leute hatten beim...

* Waldbach, 3. Jan. Durch Feuerwerkskörper geriet die...

* Billingen, 3. Jan. In der Nacht zum Freitag hat es...

* St. Leon, 3. Jan. Im Streite nach der 15jährige Deutsche...

* Konstantz, 3. Jan. Wie der „Konst. Btg.“ mitgeteilt wird...

* Eberbach, 3. Jan. Ein Gasarbeiter fischte hier im...

Auf zur Abstimmung in Schleswig!

Unter dem Vorhitz des Oberbürgermeisters A. D. Siegfri...

Innerhalb 31 Tagen nach Inkrafttreten des Friedensver-

Aus dem Badischen Lehrerverein. Der bisherige Schriftleiter...

Die Ausweisungen aus Elbisch-Bohringen. Die Zahl der vom...

Staatsprüfung für Friedenssteuerner für das höhere Lehr-

Das badische Schulverordnungsblatt erhält die Benennung...

Die Weinbühnenpreise. Das Ministerium des Innern hat...

Eisgang vor 40 Jahren. Es mag noch nachträglich daran...

hände der Ringz mussten gesprengt werden und die Stadt Men-

Abstimmungsvereinigungen in Baden. Der deutsche Schu-

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 5. Januar.

Unser Daseinszweck.

Nach muß die neue Zeit schon wieder loben:

Die Sieger, die des Deutschen Schicksal woben,

Die Lösung deiner Lebensratselfragen

Dem fetten Weiten immer mehr zu fressen.

Ferdinand Madinger.

Vom Kohlenleben.

* Die Kohlenkrise ist eine allgemeine und sie wird, so hart...

Wir möchten deshalb den Stadtrat, dem oben angeführte...

Geschworenenliste des Schwurgerichts.

Die Sitzungen des Schwurgerichts im 1. Vierteljahre be-

Die Hölle gegen den Sozialismus als Kinofilm.

Ein Arbeiter schreibt uns: Unser neuestes Kinostheater...

Das ist eine der ersten „nur einwandfreien Darbietungen“...

Auch von anderer Seite wird uns die Wichtigkeit von der...

fremden darüber ausdrücken, daß trotz des Versprechens des...

Silvester-Veranstaltungen.

Der Arbeiter-Verein „Volkshaus Karlsruhe-West“...

Eine unerfreuliche Störung erteilt die allseits begründete...

Im Rahmen der Silvesterfeier war auch der Sängerbund...

Defensivischer Vortrag. Wir machen schon heute auf den...

Die „Wandlung“ von Ernst Koller, das Werk, das auf Ver-

Die Sitzungen des Schwurgerichts im 1. Vierteljahre be-

Die Hölle gegen den Sozialismus als Kinofilm.

Ungleichheit in der Gewährung von Wirtschaftsdarlehen bei...

Auf Veranlassung des Reichswehrministeriums hat den Beamten...

Ein schönes Ergebnis erzielte das von Herrn Hauptlehrer...

Arbeiter- und ...

Gips-Verfahren. Das Bezirksamt warnt vor dem An- ...

Schlafenfabrik. Beim Bürgerausschuss wird die Zu- ...

Erhöhung der Krankenhausbühren. In Anbetracht der ...

Gründung einer gemeinnützigen Werkstätte m. b. H. zur ...

Mordversuch. Ein hier wohnender Fuhrmann gab heute ...

Veranstaltungen.

Neufest's 5. Künstlerkonzert. Ein musikalisches Ereignis ...

Sonntag-Vormittagskonzerte! Die Konzertdirektion Kurt ...

Schul- und Befragung der Kirche. Ueber dieses Thema ...

Krisis bei der Albtalbahn.

Ein Parteigenosse aus Müppurr schreibt uns: ...

wohner zahlen für ihre Fahrt gegenüber den weiter ...

Begründet wird die Tarifserhöhung u. a. mit den gestiegenen ...

Die Diskussion gestaltete sich zu einer sehr lebhaften ...

Man sieht also, die Verhältnisse bei der Albtalbahn sind ...

Die Arbeitererschaft ersuchen wir, die Arbeiter und ...

Letzte Nachrichten.

Das Finanzprogramm Erzbergers.

Stuttgart, 4. Jan. Der Reichsfinanzminister Erzberg- ...

Die neue Reichseinkommensteuer werde für die ...

Kommunistenrazzia in Amerika. New York, 3. Jan. Am 3. Januar sind in den Vereinig- ...

Washington, 4. Jan. Agence Havas. Die Redakteure ...

Verantwortlich: Für Verlagsartikel, Deutsche Politik, Ausland, ...

Wassersstand des Rheins. Schusterinsel 280, gef. 23; Neßl 355, gef. 23; Magau 604, ...

Durchhandlung der Sozialdemokratischen Partei, Karlsruhe i. B. ... Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Städt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe. Medizin, Bäder. Fichtennadel-Salz (Rappenauser) oder Staassfurter. Mutterlauge und Schwefel- (Thio- pinol-)Bäder.

Kaufabak garantiert reine Ware, prima gefüllt, beste Ware der Gegenwart. Muster- sendung à Palet, 100 Stück, 60.- M., per Nachnahme.

Druckmaschinen. Druckmaschinenfabrik.

1 selbständiger Kautschuker sowie 5-6 tüchtige Säeiner welche auf eichenfurnierte Möbel stoff und sauber arbeiten können, erhalten lohnende und dauernde Stellung. Wohnort, auch für Verbeiratete, werden zugewiesen.

Gänselehern werden fortwährend angekauft und bezahle bis 50 Mark pro Pfund.

Carl Pfefferte, Gelpingenstraße 23. Ganderbach-Anstalt der Stadt Karlsruhe. Geburten, Eugen Richard, Eugen Fischer, Eisenbrecher Karl Georg, u. Emil Kohl, Waidmühl-Schlosser, Helena, Vater August Mühl, Dafenarbeit, Döböl, Vat. Karl Mayer, Döbölgeb. Kurt Karl, B.

Karl Matter, Dreher, G. Isela, R. Karl Knoch, Fortbote, Luise, B. Johannes Hanser, Schlosser, Willi Otto, V. Wilhelm Ernst, Justizkassierer, Robert Karl Thodor, R. Maximilian Müller, Trüdergehe, Karl Heinz, Vater Ernst Schumacher, Professor, Wilhelm Gera, R. Wilhelm Frech, Klempner, Robert Anton, R. Johannes Bohner, A. Krotzsch, Josef Emil, V. Emil Pfaff, Vademmitz, Edehard Adolf Adam, Vat. Adolf Hertelstein, Virosofist, Giselotte, V. Arthur Witten, Kaufm., Friedrich Wilhelm, V. Adolf Schiebach, Ingenieur, Walter Emil, Vater Emil Dürr, Kanglei-Geh. Fritz Eugen Anton, Vater Anton Rossmann, Finanzsekret. Kurt Berber, Vater, V. Peter Zeußler, Kaufmann, Kurt Egon, Vater Adolf Kopp, Kaufmann, Kurt, V. Gustav Schaller, Schmied, Geb. Vater Ernst Wolf, Zahnarzt.

Obensteden, Friedrich Konrad, B. Waldstätt, Ober- postkassier in Feldberg, mit Luise Boos, b. Peronen- weiler, W. H. Vater von Oberstabs-Oberbrauer in Mannheim, mit Soph Maier von Hagold, Friedrich Meel von Linou, Geschäftsführer hier, mit Ida Großmann von H. r. W. H. Korle von Linou, Haus 18, nann ler, mit Marie So, o geb. Anar, von Bebr, O.

Wöble von Darmstadt, Kaufmann in Offenburg, mit Johanna Mos von hier, Viktor Herr von hier, Ein- kassierer hier, mit Frieda Etanf von hier, Karl Dager von hier, Schrift- leiter hier, mit Frieda Dafferner von hier, Friedrich Haufelmann von hier, Hut- macher hier, mit Johanna Böhm von hier, Anton Drügler von Darmheim, Bedrohändler von hier, mit Maria Sauer Witwe von Waldstetten, Jakob Hein- hold von Bernigrod, Kauf- mann in Heidelberg, mit Giregorowitsch u. Nymmanow, Alfred Gerstner von hier, Schlosser hier, mit Bertha Braun von hier.

Gehelichungen. Fr. Has von hier, Straßend- wesen hier, mit Emma über Witwe von G. H. e. r. u. c. Hermann M. u. ter von Baden, Werk- hier, mit Emma Müller geb. Naide von Stuttgart, Fr. Nade von hier, Döbölgeb. hier, mit Emma Kunz von hier, Heinrich Etier von Lauda, Schlosser hier, mit Emma Müller geb. Gröcher.

Offenburger Anzeigen. Die Volksbäder im Mädchenschulhaus Offenburg sind Mittwoch von 1-8 Uhr für Männer, geöffnet.

von Anielingen. Johann Josten von Honnet, Stadt- baumeister in Hof, mit Friede Müller von Bruch- sal, Wilhelm Ohy von Baden, Schreiner hier, mit Luise Erb geb. Wolf von Dagsfeld. Todesfälle. Robert, 19 Jahre alt, B. + Paul Ra- wal, Gärtner, Anna Kauf- mann, 58 J. alt, Ehefrau von Franz Kaufmann, Zimmermeister, Friede, Zeit- wogel, Chem., Mediz.-Nat., 70 J. alt, Julie Holder, 87 J. alt, Witwe von Alfr. Holder, Ges. Hof- und Hof- theaterdirektor, Verlobt, 7 Monate 10 Tage alt, R. Eva, Schneider, Sattler- meister, Elisabetha Wag- ner, 49 J. alt, Ehefrau von Rudolf Wagner, Gla- sermeister, Kath. Tod, 68 J. alt, Witwe von Johann Tod, Schlossermeister, Kurt, 4 J. alt, V. Jos. Auer, Zahn- assistent, Kath. Dietrich Isbig, Dienstm., 87 J. alt, Albetine Wolf, Isbig, Priv., alt 82 Jahre, Bernhard Realet, Isbig, Tagelöhner, alt 70 J. hre, Ernst Höler, Chemann, Maurerpolier, alt 64 Jahre.

Soziald. Verein Karlsruhe.

Freitag, den 9. ds. Mts., abends 7/8 Uhr findet im Saal III des Colosseum ein

Öffentlicher Vortrag

über das Thema: **Reform der Strafgerichtsverfassung**

Rede: Herr Rechtsanwalt und Stadtrat Dr. Dieh.

Freie Aussprache. — Eintritt frei. Hierzu ist jedermann freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband

Branchenabteilung der Orthopädiemechaniker und Bandagisten.

Am Mittwoch, den 7. Januar, abends 7/8 Uhr, findet in der „Gambriunshalle“, eine

Versammlung

statt. Kollege Künze spricht über: „Aufbau, Entwicklung und Ziele der Gewerkschaften.“

Auch findet eine Besprechung betr. Durchführung des neuen Tarifes statt.

Die Branchenleitung.

Volkshilfenbund Karlsruhe.

Montag, 5. Januar, abends 8 Uhr, im großen Rathhauseaal

Vortrag von Pfarrer Liechtenhan (Basel)

Schuld und Bekehrung der Kirche.

Eintritt frei. — Einige nummerierte Plätze zum Preise von 1 Mk. bei Buchhandlung Müller u. Geßff und an der Abendkasse.

Der Vorstand.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lgb. Nr. 3042

70 a 32 qm Hofraute und Ackerland, Kriegstr. 117 a.

Schätzung: 90 000 M.

Versteigerungstermin: Donnerstag, 19. Februar 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Akademiestraße 8.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat Karlsruhe, den 8. Dezember 1919.

Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe: Lgb. Nr. 3111: 3 a 68 qm mit Gebäuden Rüppurrerstraße 12, dreifach. Wohnhaus mit Nebengebäuden. (Wirtschaft zur goldenen Gans.)

Schätzung: 49 000 M. Wert der Wirtschaftseinrichtung: 2085 M.

Versteigerungstermin: Freitag, den 19. März 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat Karlsruhe, den 23. Dezember 1919.

Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Lgb. Nr. 1411: 2 a 28 qm mit Gebäuden Kreuzstraße 19 (Gasthaus zum „Hoffhäuser“).

Schätzung: 36 000 M. Wert der Einrichtung: 8602,30 M.

Versteigerungstermin: Dienstag, den 23. März 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat Karlsruhe, den 24. Dezember 1919.

Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Neue Preise für Milch und Milchzeugnisse.

Ab 1. Januar 1920 erhöhte sich der Erzeugerpreis für Vollmilch. Infolgedessen müssen auch die vom Verbraucher zu zahlenden Preise für Milch und Milchzeugnisse eine Verringerung erfahren. Mit Genehmigung des Stadtrats beträgt von dem genannten Tage an der Verbraucherpreis für ein Liter Vollmilch

| | |
|---------------|-----------------|
| in Flaschen | 1,40 M je Liter |
| offen | 1,20 |
| Wagermilch | 0,64 |
| Buttermilch | 0,64 |
| Speisequark | 2,00 d. Pf. |
| Tafelbutter | 8,10 |
| Landbutter | 7,60 |
| Butterschmalz | 8,60 |

Karlsruhe, den 3. Januar 1920. Städt. Milchamt.

Dankagung.

Für all die freundlichen Gaben zur Weihnachtsfeier unserer Blinden danken wir von Herzen. Die Blindenvereinigung von Karlsruhe u. Umg.

Einwohnerwehr Karlsruhe

Appell

1085 der 3. Komp. (Südabschnitt), Metzger-Turner- und 1. (Förster-) sowie 2. (Goetheschule-) Gruppe des Beamten-Zuges

Mittwoch, 7. Jan., abends 6 1/2 Uhr

Turnhalle, Schule Gartenstr. 22.

Badisches Landestheater.

Montag, den 5. Januar 1920

Rosmersholm

Schauspiel in vier Akten von Ibsen

Anfang 7 Uhr. (M. Pr.) Ende gegen 10 Uhr

Habe mich als

prakt. Aerztin

in Durlach niedergelassen.

Sprechstunden: 8-1/2 10 Uhr und 2-4 Uhr.

Telephon vorläufig 313 (Drüssel).

Dr. med. Christa Mühlenbeck

Durlach, Leopoldstrasse 7, 2. Stock.

Rucksäcke

drina Ware selbstverfertigte Waren in verschiedenen Preislagen hat abgegeben

M. Oswald, Karlsruhe,

Schützenstraße 42

Preuß.-Südd. Klassenlotterie.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt sofort in bar oder gegen Umtausch neuer Lose, die den Spielern reserviert sind.

5 Ziehungen mit 14 000 Gewinnen und 2 Prämien 72 Millionen Mark.

Erneuerungs- und Kauflose kosten

1/2 10.50 1.- 42.- für jede Kl.

26.25 52.50 105.- 210.- für alle 5 Kl.

Ziehung 1. Klasse 13. u. 14. Januar 1920.

Lose in großer Anzahl vorräthig bei

Pecher, Lotterie, Zirkel 30

Gewerh. u. Fortschrittsbank, nebenh. d. Bad. Presse

ALUMINIUM

Kochgeschirre

Haushaltungs-Gegenstände

sowie ganze Ausstattungen (Rein Aluminium)

kaufen Sie vortellhaft im

Aluminium-Spezialgeschäft

Gustav Nürnbergger

Waldstr. 26 (neb. Res.-Kino)

Besuchen Sie Schausteller und Preisliste.

Ständig. Eingang neuer Waren

Möbel - Ausstellung

der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

Badischer Baubund g.m.b.H.

Karlsruhe

Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)

Täglich geöffnet v. vorm. 8-12, nachm. 1-5 Uhr.

Fernsprecher 5157

Zweigstellen

in Pforzheim, Bruchsal, Mosbach, Offenburg, Freiburg, Villingen, Singen a. H.

Änderung des Ortsbauplanes in Egenstein.

Der Gemeinderat Egenstein beantragt, eine Änderung des Ortsbauplanes dahin, daß die im Gelände „Straßenänder“ südlich der Wolfstraße geplante Straße in Westfall komme.

Der Ortsbauplan liegt innerhalb 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an, zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathaus in Egenstein auf.

Einwendungen gegen die beabsichtigte Änderung sind bei Ausschlußvermeidung binnen obiger Frist bei dem Gemeinderat in Egenstein oder beim Bezirksamt geltend zu machen.

Karlsruhe, den 27. Dezember 1919.

Bezirksamt.

Maul- und Klauenfische betr.

Im Stalle der bad. Maschinenbau-Gesellschaft in Karlsruhe-Mühlburg ist die Maul- und Klauenfische ausgebrochen.

Die Vorortgemeinde Mühlburg bildet einen Sperrbezirk im Sinne der §§ 161 ff. der Ausführungsverordnungen zum Reichsinfektionsgesetz.

Die Einfuhr von Klauenfischen in den Sperrbezirk, sowie das Durchstreifen von Klauenfischen und Durchfahren mit Klauenfischen und anderen Viehdierarten ist verboten.

Karlsruhe, den 2. Januar 1920.

Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Maul- und Klauenfische betr.

In Oberader (Amt Bretten) ist die Maul- und Klauenfische ausgebrochen.

Die veränderten Gebiete bilden Sperrbezirke; die Gemeinde Oberader ist Beobachtungsgebiet.

Die Einfuhr von Klauenfischen in den Sperrbezirk sowie das Durchstreifen von Klauenfischen und das Durchfahren mit fremden Viehdierarten durch das Beobachtungsgebiet ist verboten.

Karlsruhe, den 2. Januar 1920.

Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Maul- und Klauenfische betr.

An dem Doppelgehöfte des Hofes Schwannher und Julius Wanner in Karlsruhe-Mühlheim, Hauptstraße Nr. 104 ist die Maul- und Klauenfische ausgebrochen.

Der Vorort Mühlheim bildet einen Sperrbezirk, die Gemeinde Hagsfeld ist Beobachtungsgebiet.

Die Einfuhr von Klauenfischen in den Sperrbezirk sowie das Durchstreifen von Klauenfischen und das Durchfahren mit fremden Viehdierarten durch das Beobachtungsgebiet ist verboten.

Karlsruhe, den 2. Januar 1920.

Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Uhren-Reparaturen

werden pünktlich und billig unter Garantie ausgeführt.

Uhren werden angekauft.

J. Klaus, Uhrmacher, Hauptstraße 20

Büro - Fräulein gesucht!

Bedingung: Durchaus verfaßt auf der Schreibmaschine und Stenographie. Schriftliche Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche und bisherigen Tätigkeiten an „Verband des deutschen Lehrpersonals“, Karlsruhe, Rankestraße 26.

1083

Bruchsal. Städtischer Lebensmittelverkauf

in der Zeit vom 5. bis einschl. 10. Januar 1920.

Krankefleisch

am Dienstag, den 6. Januar d. J. bei Metzgermeister Kopp.

Fleisch

am Montag, den 5. Januar d. J. vormittags bei allen Metzgermeistern gegen die Fleischmarken der zweiten Woche je 250 Gramm.

Wurst

ab Montag, den 5. ds. Mts. bei den Wurstmeisterinnen Gander und Tröller gegen die Fleischmarken der dritten Woche je 100 Gramm. Näheres durch Aushang an den Tischen der beiden Wurstmeister.

Margarine

am Donnerstag, den 8. Januar d. J. bei den Metzgermeistern auf die abgegebene Fettmarke 2 je 100 Gr. das Pfund zu 5,36 M.

Bei den Kolonialwarenhändlern gelangen zur Ausgabe:

Kristallzucker

am Mittwoch, den 7. Januar d. J. auf die Rudermarken 1 und 2 je 850 zusammen 700 Gramm, das Pfund zu 1,05 M.

Ab Freitag, den 9. ds. Mts.:

Feigtwaren

auf die Marke 67 je 250 Gramm, das Pfund zu 1,18 M.

Maag-Zuppen

auf die Marke 68 je 250 Gramm, Preis lt. Aufdruck.

Kerzen (Auslandsware)

auf die Marke 69 ein Stück zu 1,90 M.

Marmelade

auf die Marke 70 je 250 Gramm, das Pfund zu 1,30 M.

In der Stadt, Obst- und Gemüsehalle (Wauhof):

Kartoffeln

Verkauf handwerksmäßig gearbeiteter und formschöner

Wohnungs-Einrichtungen

gegen Barzahlung oder

erleichterte Zahlungsbedingungen.

1019

Dampf-, Heissluft- und elektrische Lichtbäder

für Herren u. Damen im Friedrichsbad

ununterbrochen den ganzen Tag geöffnet.

1000

Städt. Turnerklub Karlsruhe

Heute Montag, den 5. Jan., abends 7/8 Uhr in der „Gambriunshalle“

Mitglieder-Versammlung.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung vollständiges Erscheinen notwendig.

1001 Der Vorstand.

Reichsbund der Krieges-Verwundeten, Krieges-Gebliebenen u. Krieges-Hinterbliebenen Bezirksverein Karlsruhe.

Kleiderverkauf.

Am Montag, den 5. Januar 1920 findet ein Verkauf von infaustgelegten Anzügen, Hemden und am Dienstag, den 6. und Mittwoch, den 7. in getragenen Herrenkleidern in unserer Geschäftsstelle

Beierthelmer Allee 10 jeweils vorm. 10 Uhr beginnend statt.

1082 Der Vorstand.

Ziehung gar. 28. Jan. 1920. Pforzheimer Kinderschutz-Geld

3684 Goldgewinn und 1 Prämie Mark

33000

Hauptgew. im einst. Fall M.

15000

Lose zu 1 Mk.

13 Lose 12 M., Porto u. Liste 50 Pf. in allen Verkaufsstellen und beim Generalvertrieb

Lotteriebund Gühringer

Pforzheim, Rathaus

Fernsprecher 3007

Postfach 100, Karlsruhe 21398

Zigaretten gar. rein.

Tab. Taf. ab 100 St. 20 Mk. Reich, Gräfelfing bei München.

Neue Seringe

vorzügliches Sauerkraut

empfiehlt

Lebensbedürfnis-Berein.

1083

Kragen

-Wäscherel

Schorpp

liefert in 8 Tagen

Stärke-Wäsche

Annahmestellen:

Karlsruhe: Ludwig-Wilhelmstr. 5, Kalarstrasse 34 u. 248, Gerwigstrasse 46.

Amalienstrasse 15, Waldstrasse 64.

Wilhelmstrasse 32, Augustastrasse 13.

Schillerstrasse 18, Kaiseralle 87.

Gabelbergerstrasse 1, Rheinstrasse 18.

Durlach: Hauptstrasse 15.

1000

Städt. Turnerklub Karlsruhe

Heute Montag, den 5. Jan., abends 7/8 Uhr in der „Gambriunshalle“

Mitglieder-Versammlung.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung vollständiges Erscheinen notwendig.

1001 Der Vorstand.

Reichsbund der Krieges-Verwundeten, Krieges-Gebliebenen u. Krieges-Hinterbliebenen Bezirksverein Karlsruhe.

Kleiderverkauf.

Am Montag, den 5. Januar 1920 findet ein Verkauf von infaustgelegten Anzügen, Hemden und am Dienstag, den 6. und Mittwoch, den 7. in getragenen Herrenkleidern in unserer Geschäftsstelle

Beierthelmer Allee 10 jeweils vorm. 10 Uhr beginnend statt.

1082 Der Vorstand.

Ziehung gar. 28. Jan. 1920. Pforzheimer Kinderschutz-Geld

3684 Goldgewinn und 1 Prämie Mark

33000

Hauptgew. im einst. Fall M.

15000

Lose zu 1 Mk.

13 Lose 12 M., Porto u. Liste 50 Pf. in allen Verkaufsstellen und beim Generalvertrieb

Lotteriebund Gühringer

Pforzheim, Rathaus

Fernsprecher 3007

Postfach 100, Karlsruhe 21398

Zigaretten gar. rein.

Tab. Taf. ab 100 St. 20 Mk. Reich, Gräfelfing bei München.

Neue Seringe

vorzügliches Sauerkraut

empfiehlt

Lebensbedürfnis-Berein.

1083

Kragen

-Wäscherel

Schorpp

liefert in 8 Tagen

Stärke-Wäsche

Annahmestellen:

Karlsruhe: Ludwig-Wilhelmstr. 5, Kalarstrasse 34 u. 248, Gerwigstrasse 46.

Amalienstrasse 15, Waldstrasse 64.

Wilhelmstrasse 32, Augustastrasse 13.

Schillerstrasse 18, Kaiseralle 87.

Gabelbergerstrasse 1, Rheinstrasse 18.

Durlach: Hauptstrasse 15.

1000

Städt. Turnerklub Karlsruhe

Heute Montag, den 5. Jan., abends 7/8 Uhr in der „Gambriunshalle“

Mitglieder-Versammlung.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung vollständiges Erscheinen notwendig.

10